



MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe April 2026



Foto: Clemens Heydenreich

**NEUE ROLLE, KLARE HALTUNG,
GEMEINSAMER WEG**

VON SANDRA RADUE &
MUNIB AGHA

Liebe Genossinnen und Genossen,

es fällt uns schwer, diesen Leitartikel zu schreiben. Noch immer wollen wir alle es nicht wahrhaben: Florian Janik wird ab dem 1. Mai nicht mehr unser Oberbürgermeister sein. In vielen Gesprächen und auch auf der KMV am 24.3. haben wir wahrgenommen, wie groß die Trauer[SR1] darüber ist. Florian hat in den letzten 24 Jahren zunächst als Stadtrat, dann als Fraktionsvorsitzender und zuletzt 12 Jahre als Oberbürgermeister unsere Stadt gestaltet. Und er hat sie gemeinsam mit der SPD zum Besseren verändert. Seine klare Haltung, sein Weitblick und sein politisches Geschick haben Menschen begeistert. Ihn nun nicht mehr an der Spitze der Stadtverwaltung zu sehen, tut weh.



Sandra Radue, Vorsitzende der
SPD Erlangen.
Foto: Rebecca Prell & Jovana Jovic



Munib Agha, Vorsitzender der
SPD Erlangen.
Foto: Rebecca Prell & Jovana Jovic

TERMINE

07.04.	20:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktssitzung	SCE-Sportgaststätte „Bei Lambi“ Langenastr. 17	S. 18
13.04.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
14.04.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Str. 5	S. 20
15.04.	15:00	Sitzung der AG60+	Thalermühle, Thalermühle 1	S. 20
20.04.	18:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
21.04.	19:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Sportgaststätte „Zur Spieli“ Kurt-Schumacher-Str. 11	S. 18
22.04.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 18
22.04.	20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein), Dorfstr. 14	S. 18
22.04.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktssitzung	Kulisse (Nebenraum), Theatherstr. 8	S. 19
23.04.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Lesecafé, Hauptstr. 55 (Altstadtmarktpassage)	S. 4
24.04.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 13
27.04.	18:30	Sitzung SPD-Marloffstein	Marloffsteiner Rathaus	S. 19
28.04.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Str. 5	S. 20

Schon gehört?

Deine Zufriedenheit zahlt sich aus!

Unsere Dankeschön-Prämie

Empfehl uns weiter und freu Dich über einen Erlanger City-Gutschein im Wert von

50 Euro¹ je geworbenen Girokonto-Neukunden.

¹ Teilnahmebedingungen und rechtliche Hinweise: Angebot freibleibend. Die Teilnahme ist nur möglich, wenn sowohl der werbende Bestandskunde als auch der Neukunde volljährig sind und den Teilnahmebedingungen durch Unterschrift auf der Teilnahmekarte zustimmen. Der Prämienanspruch entsteht, wenn der geworbene Neukunde innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Teilnahmekarte einen rechtswirksamen Vertrag über ein classic GIRO oder direkt GIRO bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach abschließt und zwei Monate in Folge ein monatlicher Geldeingang von mind. 500 Euro zu verzeichnen ist.



QR-Code scannen und
Teilnahmekarte ausfüllen!

sparkasse-erlangen.de/kwk

mehr als ein
K  **NTO**



Lieber Floh, wir wünschen dir, dass du nun Zeit findest, nach diesem intensiven Wahlkampf durchzuatmen. Du hast das Amt des Oberbürgermeisters mit viel Freude ausgeübt. Wir sind sicher, dass du dich mit Begeisterung auf neue Wege begeben wirst. Dazu wünschen wir dir ein gutes Gelingen. Es war uns eine Freude und Ehre, an deiner Seite Politik machen zu dürfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, hinter uns liegt ein intensiver Wahlkampf. Er hat uns viel Spaß gemacht, aber er war kräftezehrend. Viele von Euch haben uns dabei unterstützt. Ungezählte Stunden plakatieren und flyern, am Infostand und an den Haustüren, am Schreibtisch und im Café Rot, bei Kälte und im Regen – wie bitter, dass all die Anstrengungen nicht das gewünschte Ziel gebracht haben. Und doch blicken wir stolz auf diese großartige Teamleistung zurück. Danke, dass wir als Vorsitzende Teil davon sein konnten.

Auch für uns kommt nun eine Zeit des Durchatmens. Und wir werden genauer in die Analyse gehen müssen: Wo haben wir Dinge falsch eingeschätzt? Wo konnten wir nicht überzeugen oder mobilisieren? Welche Inhalte haben die Wählerinnen und Wähler vermisst? Dazu wollen wir in der Partei Raum schaffen und mit euch in den Austausch gehen. Auch die KMV am 23.4. wollen wir diesem Thema widmen.

Aber es gilt nun auch nach vorne zu schauen. Es liegen neue Aufgaben vor uns und wir werden im Erlanger Stadtrat eine neue Rolle finden müssen. Zuerst einmal gilt es, die Errungenschaften der Amtszeit Janik zu verteidigen und dafür zu sorgen, bei den zu erwarteten Kürzungen im Haushalt die schlimmsten Härten zu verhindern. In einer kleineren Fraktion und in neuer Rolle müssen wir alle Spielräume nutzen, die Zukunftsherausforderungen anzugehen, sei es beim Klimawandel, bei der Mobi-

litätswende, beim Zusammenhalt. Ganz so, wie es das Motto unseres Wahlkampfes war.

Liebe Genossinnen, lieben Genossen, dazu brauchen wir auch weiterhin vielen Köpfe und Hände, wir brauchen Euch an unserer Seite. Unterstützt uns dabei, für unsere Themen und kämpfen und zu streiten. Bringt eure Ideen ein. Es gilt, unter neuen Bedingungen unser Profil zu erhalten und zu schärfen, in Arbeitskreisen neue Ideen zu entwickeln und Menschen für die Sozialdemokratie zu begeistern.

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will.“ Dieses Zitat von Willi Brandt trifft es gut. Lasst uns zusammen unsere Kräfte bündeln und hoffnungsvoll nach vorne blicken.

Freundschaft!
Sandra und Munib

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Dr. Clemens Heydenreich
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Mo 13:00 - 15:30 Uhr
Di 9:00 - 12:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 10:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Telefonische Erreichbarkeit:
Mo 11:00 - 13:00 Uhr
Di 11:00 - 13:00 Uhr
Do 11:00 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten nach Vereinbarung

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler (cs, presserechtlicher
Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Gert Büttner, Gerhard
Carl, Chantal-Sophié Eidt, Monika
Fath-Kelling, Gabriela Heinrich, Cle-
mens Heydenreich, Katrin Hurle, Ralf
Jähnert, Felix Klingert, Heide Mat-
tischeck, Katja Rabold-Knitter, Sand-
ra Radue, Rolf Schowalter, Christian
Stiegler, Felizitas Traub-Eichhorn

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück



WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

**01.04. Marianne Titiz
81 Jahre**

**01.04. Renate Habermeier-Straube
85 Jahre**

**02.04. Karl-Heinz Bauer
73 Jahre**

**03.04. Irina Seide
79 Jahre**

**04.04. Gerd Peters
83 Jahre**

**09.04. Bernhard Richter
70 Jahre**

**09.04. Wolfgang Niclas
74 Jahre**

**12.04. Hildegard Gröger
71 Jahre**

**15.04. Manfred Symanek
94 Jahre**

**17.04. Harald Völker
74 Jahre**

**19.04. Renate Bauer
74 Jahre**

**20.04. Armin Braun
87 Jahre**

**20.04. Claus Uhl
87 Jahre**

**22.04. Heinrich Häusinger
88 Jahre**

**24.04. Herbert Ziegler
78 Jahre**

**27.04. Heidrun Schroeder
89 Jahre**

**28.04. Brunhilde Hummich
86 Jahre**

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, 23. April 2026
um 20:00 Uhr, im Lesecafé,
Hauptstraße 55 (Altstadtmarktpassage).**

Die Tagesordnung schlagen wir Euch wie folgt vor:

1. Aktuelles und Neueintritte
2. Kommunalwahl 2026: Rückblick mit Analyse der Ergebnisse
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Solidarische Grüße
Sandra Radue

Munib Agha

ABSCHIED VON ZAFER TITIZ

VON HEIDE MATTISCHECK

Zafer Titiz wurde am 30.8.1946 in Antalya geboren. Dort verbrachte er seine Kindheit und Jugend, seine Schulbildung schloss er mit dem Abitur ab. Unmittelbar danach verließ er die Türkei, um sich im Sommer 1964 in Erlangen an der FAU für das Studium der Zahnmedizin einzuschreiben – als Jüngster und einer von nur 6 türkischen Studenten. Um das Studium zu finanzieren, kellnerte er und arbeitete als Übersetzer bei der ERBA. Aus persönlichen (finanziellen) Gründen ging er 1969 zurück in die Türkei, wo er sein Studium an der Zahnmedizinischen Fakultät fortsetzte und abschloss. In diese Zeit fällt sein Militärdienst in der Türkei, den Zafer als die schlimmste Zeit seines Lebens beschrieb. 1980 kehrte er nach Erlangen zurück, war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universitäts-Zahnklinik tätig und übernahm 1985 eine Zahnarztpraxis in Fürth. 2010 ging er in den Ruhestand und übergab die Praxis seiner Nachfolgerin.

Zafer Titiz war schon in jungen Jahren, verstärkt in seiner studentischen Zeit, politisch interessiert und engagiert, fühlte sich dem linken, demokratischen, progressiven, westlich orientierten Spektrum verbunden. Es lag nahe, dass er 1981 in die SPD eintrat.

Der Militärputsch 1980 in der Türkei war sicher eine wichtige Motivation zur Gründung des TDS (Türkisch-Deutscher Solidaritätsverein) in Erlangen. Gemeinsam mit türkischen und deutschen Freund*innen wollten Zafer und seine Mitstreiter einen Ort für politische Diskussionen und für das bessere Kennenlernen der beiden Kulturen finden. Explizit nicht wollte sich der TDS mit touristischen und folkloristischen Aspekten befassen. Der Verein hatte einerseits die Fragen und Probleme türkischer Migranten in Erlangen im Auge, machte jedoch auch auf die politischen Probleme



in der Türkei aufmerksam. „Der TDS bringt uns Kultur, Lebensweise und Geschichte, aber auch die aktuelle politische Realität in der Türkei nahe“ – so brachte es OB Dietmar Hahlweg anlässlich einer Veranstaltung zum 10jährigen Jubiläum auf den Punkt.

Neben seinem Beruf als Zahnarzt hatte Zafer ein weites Betätigungsfeld als Vorsitzender des TDS. Die regelmäßig stattfindenden Türkisch-Deutschen Kulturwochen, die unvergessenen Ausstellungen von türkischen Karikaturisten, Lesungen, Fotoausstellungen, politischen Vorträge und Diskussionen sind zu einem nicht wegzudenkenden Bestandteil des Erlanger Kulturlebens geworden. An eine Ausstellung möchte ich besonders erinnern. Unter dem Titel „Haymatloz- Exil in der Türkei 1933 bis 1945“ zeigte sie uns einen ganz besonderen Aspekt türkisch-deutscher Beziehung. Hunderte deutscher Politiker, Künstler, Wissenschaftler wurden während der Nazizeit in der Türkei willkommen geheißen, darunter auch der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter.

Zafer Titiz war nicht nur ein politischer Mensch. Er hatte einen großen Freundeskreis, war den Menschen

zugewandt, verbindlich, freundlich, vermittelnd, aber immer mit einem festen Standpunkt. Er war, wie man heute sagt, ein Netzwerker. Er pflegte in unnachahmlicher Weise Kontakte in der Türkei, hier in Erlangen und darüber hinaus. Er war fundierter Kenner der türkischen Kultur und hat sie uns nähergebracht. Er liebte auch die Kultur seiner neuen Heimat. Regelmäßig traf man ihn bei Konzerten des GVE.

Als Zafer 2006 sein Amt als Vorsitzender des TDS aufgab und den Stab an Serdar Gökkus weiter reichte, hat er damit nicht sein Engagement eingestellt. Sein umtriebige Wesen hätte ihm das nicht gestattet. Er war weiter mit Rat und Tat, als wichtiger Ideengeber aktiv. Aber ein wenig mehr Zeit für die Familie sollte schon sein. 2007 wurde Zafer Titiz der Ehrenbrief der Stadt Erlangen für besondere Verdienste um das kulturelle Leben verliehen. In der Laudatio heißt es u.a.: „Der heutige Abend bietet der Stadt Erlangen die gute Gelegenheit, Dank zusagen für Ihre mehr als 25jährige Arbeit zur Förderung des menschlichen Miteinander ohne Rücksicht auf Herkunft oder Staatsangehörigkeit. Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit sind Ihnen und uns allen hier eine Herzensangelegenheit“.

Am 28. Februar ist Zafer Titiz nach langer schwerer Krankheit gestorben. Seiner Frau Marianne, seiner Familie hier und in der Türkei gilt unser Mitgefühl. Viele seiner sehr engen Freund*innen in unserer SPD vermissen in sehr.

FREIWILLIGEN ZUGANG ZU INTEGRATIONSKURSEN ERHALTEN!

Mit einem auf Initiative der SPD-Fraktion von allen demokratischen Fraktionen eingebrachten Antrag hat der Stadtrat einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin die freiwillige Teilnahme an Integrationskursen zu ermöglichen.

Das Bundesinnenministerium hat kurzfristig verfügt, dass ab sofort das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) keine freiwilligen Teilnahmen an Integrationskursen mehr bewilligen darf. „Diese Verfügung gefährdet dramatisch das auch in Erlangen verfolgte Ziel, Geflüchtete möglichst schnell zu integrieren und dabei Geflüchteten durch Integration in den Arbeitsmarkt möglichst schnell zu ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren und so auch den Staat von Sozialleistungen zu entlasten.“ erläutert José Luis Ortega Lleras, Sprecher für Migration und Integration.

Nach Aussagen verschiedener Träger von Integrationskursen betrifft die Verfügung auch Geflüchtete, die eigentlich Anspruch auf einen Integrationskurs haben, weil durch die insgesamt niedrigere Zahl Teilnehmender weniger Kurse durchgeführt werden können und damit Wartezeiten für eine Teilnahme länger werden. Betroffen sind auch EU-Bürger*innen, für die Integrationskurse ein Zugang zu weiteren (beruflichen) Qualifikationswegen, zum Spracherwerb und zur Integration in Deutschland sind.

Neben dem gemeinsamen Beschluss hat die SPD-Fraktion die Stadt auch um Informationen gebeten, wie viele Personen in Erlangen dadurch den Zugang zu Integrationskursen verlieren oder verspätet an einem teilnehmen können. Außerdem wurde um eine Bewertung der Kürzung gebeten mit Blick auf die Integration Geflüchteter, deren Arbeitsmarktzugang und einen ver-

längerten nötigen Bezug von Sozialleistungen sowie auf die Integration von EU-Bürger*innen. Auch die Auswirkungen der Kürzungen auf den Zugang Geflüchteter und von EU-Bürger*innen zu beruflichen Ausbildungen, Qualifizierungen oder Berufsanerkennungen und damit auch auf den Mangel an Arbeitskräften in verschiedenen Sektoren wie Pflege/Gesundheit oder Handwerk sollen bewertet werden.

„Spracherwerb und Wissen um unsere Rechtsordnung und Werte, wie sie die Integrationskurse vermitteln, sind wichtig, damit Geflüchtete in unserer Gesellschaft ankommen“, erläutert SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue: „Unsere Volkshochschule sorgt mit großem Einsatz dafür, dass möglichst viele Menschen diese Kurse möglichst bald besuchen können. Dieses Engagement ist nun gefährdet, und auch durch die Kurzfristigkeit, mit der die Änderungen verfügt wurden, könnten nun der Volkshochschule massive finanzielle Ausfälle drohen.“ SPD-Fraktionsvize Barbara Pfister ergänzt: „Freiberufliche Dozent*innen, die mit hohem Engagement in diesen Kursen lehren, stehen quasi über Nacht ohne Aufträge dar – auch in dieser Hinsicht ist das Agieren des Bundesinnenministers verantwortungslos. Die kurzfristige Streichung gefährdet damit auch die hervorragende Qualität der Integrationskurse, die unser VHS aufgebaut hat – und damit einen wichtigen Pfeiler der städtischen Integrationsarbeit.“

SPD-Wirtschaftssprecher Munib Agha weist auf die ökonomische Bedeutung der Integrationskurse hin: „In vielen Branchen unserer Wirtschaft fehlen Arbeitskräfte, zum Beispiel in Gesundheit und Pflege, aber auch in vielen Handwerksberufen. Geflüchtete, aber auch EU-Bürger*innen, die zu uns kommen, sind ein Potential, diese Lücken zu füllen. Das gelingt aber nur, wenn sie schnell die Qualifikationen erwerben, von denen ausgehend sie dann in Ausbildungen, Weiterbildungen

oder Anerkennungsverfahren für bereits erworbene Qualifikationen starten können. Das massive Zusammenstreichen der Integrationskurse macht es nun massiv schwerer, dieses Potential zu heben. Und es gefährdet damit auch unseren Erfolg hier am Standort Erlangen – denn wir sind auf diese Potentiale angewiesen.

NEUBAU FÜR DIE BRUCKER FEUERWEHR

Das neue Feuerwehrhaus für die Freiwillige Feuerwehr Bruck kommt voran: Der Bauausschuss hat jetzt die Entwurfsplanung beschlossen. Damit kann der Bauantrag gestellt werden, der Bau soll Mitte 2026 beginnen und bis Ende 2027/Anfang 2028 abgeschlossen sein.

Der Neubau für die Freiwillige Feuerwehr Bruck ist dringend notwendig, weil ihr bisheriges Gerätehaus im Zuge der Entwicklung des Siemens-Campus abgerissen wird. Der neue Standort ist nur wenig entfernt an der Henri-Dunant-Straße. Dort entstehen drei Stellplätze für Feuerwehrfahrzeuge sowie Umkleiden, Schulungs- und Technikräume. Die Investitionssumme liegt bei rund 3,7 Millionen Euro.

„Uns ist die Feuerwehr wichtig, das zeigt auch dieser Neubau“, kommentiert SPD-Katastrophenschutzsprecher Munib Agha: „Insgesamt haben wir umfangreich in die Feuerwehr investiert, mit den Neubauten in Kriegenbrunn und Dechsendorf und Erweiterungen bei der Hauptfeuerwache. Damit stärken wir dieses wichtige ehrenamtliche Engagement, das für uns alle Sicherheit schafft!“

In den Haushaltsberatungen hatte die SPD auch erfolgreich beantragt, das Feuerwehrhaus Eltersdorf, das gemeinsam mit einem Stadtteilhaus entstehen soll, in den Investitionsplan aufzunehmen.

WÄRMEPLAN BESCHLOSSEN – WO KANN WIE IN ZUKUNFT GEHEIZT WERDEN?

Der kommunale Wärmeplan als eines der zentralen Elemente für die Wärmewende in Erlangen ist im Januar im Stadtrat beschlossen worden.

Wir gehen damit schneller voran als die meisten größeren Städte in Deutschland.

Klar ist nun, wo genau die Gebäude liegen, die potenziell ans Fernwärme- oder Nahwärmenetze angeschlossen werden können und wo es sicher keinen Anschluss an ein Wärmenetz geben kann. Dort muss dann dezentral geheizt werden, am Besten mit einer Wärmepumpe. Das Heizen mit Wasserstoff, „grünem Gas“ oder „grünem Öl“ wird kaum bezahlbar sein. Daher schauen Sie gerne nach, in welchem Gebiet Ihre Wohnung oder Ihr Haus liegt. Der Plan und die Infos, auch zu den Förderungen, ist auf der Seite der Stadt Erlangen zu finden.

Die Fernwärme stellen die ESTW gemäß ihrem Transformationsplan konsequent auf regenerative Energien um. Den größten Beitrag dazu werden Großwärmepumpen zum Beispiel in der Regnitz leisten. Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter erläutert: „Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, deren Haus nicht in einem Ausbaugebiet der Wärmenetze liegt, haben weiter die Möglichkeit einer großzügigen Bundesförderung. Das konnte die SPD gegen die Union, die diese Förderung so nicht mehr wollte, retten. Leider hat sich die Union jedoch mit dem Ende der Pflicht von 65 % Anteil erneuerbarer Energien bei neuen Heizungen durchgesetzt. Stattdessen wird es nun eine „Biotreppe“ geben. Darauf sollte man sich nicht verlassen. Bio- oder aus regenerativem Strom hergestelltes Gas ist knapp bzw. sehr aufwendig zu produzieren. Fürs Verheizen wird dies viel zu teuer. Wer

also die Möglichkeit hat, sollte mit einer Wärmepumpe planen, sofern er nicht nach dem Wärmeplan einen Anschluss an ein Wärmenetz erwarten kann. Als Mieterin oder Mieter hat man leider natürlich nicht diese Möglichkeit. Daher ist der Ausbau der Wärmenetze und deren Umstellung umso wichtiger.“

ERLANGEN ZUR MODELLREGION FÜR BÜROKRATIE- ABBAU MACHEN

Die bayerische Staatsregierung plant, in Bayern sogenannte kommunale Modellregionen für Bürokratieabbau einzurichten.

Oberbürgermeister Florian Janik und die SPD-Stadtratsfraktion streben gemeinsam an, Erlangen zu einer dieser Modellregionen zu machen.

„Wir haben in Erlangen eine hohe Dynamik in der Entwicklung unserer Stadt. Aber wie überall in Deutschland merken auch wir: Die von Europa, Bund und Land geschaffenen bürokratischen Vorhaben verlangsamen die Entwicklung deutlich. Strikte Vorgaben führen oft dazu, dass nicht die optimale Lösung umgesetzt werden kann, sondern lediglich diejenigen, die in die bürokratischen Vorhaben irgendwie hineinpassen. Die Modellregion gibt uns die Möglichkeit, auszuprobieren, ob es nicht einfacher besser geht. Hier bei uns, in unserer Stadtverwaltung, sind die Ideen dafür vorhanden, diese Wege zu beschreiten“, so Dr. Florian Janik. Einer der Vorschläge von Janik lautet, die Vorgaben bei Schul- und KiTa-Bauten aufzuheben und pragmatisch das umzusetzen, was gebraucht wird. SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue: „Moderne Konzepte, die auch auf individuelles Lernen und Kleingruppen setzen, können in den strikt nach Klassenzimmern zählenden Bauvorgaben für Schulen nicht adäquat umgesetzt werden. Wenn wir jetzt zum Beispiel die Stadtteilschule Büchenbach-Nord auf den Weg bringen, wollen wir das anders machen – damit wir optimale Lernbedingungen

auf der Höhe der Zeit schaffen können!“

Geprüft werden soll außerdem, welcher Verzicht auf Vorschriften die wirtschaftliche Dynamik Erlangens weiter ankurbeln kann. „Wir wollen für unsere Wirtschaft optimale Voraussetzungen schaffen. Und wir wissen aus zahlreichen Unternehmenskontakten, dass weniger bürokratischer Aufwand und noch schnellere Verfahren bei der Stadtverwaltung für viele Unternehmen wichtig sind, um sich am Standort zu entwickeln. Das wollen wir jetzt möglich machen, auch mit einem klaren Fokus auf Digitalisierung von Prozessen.“ erläutert SPD-Wirtschaftssprecher Munib Agha.

Bei den Modellregionen ist vorgesehen, dass Kommunen von Landesvorschriften abweichen und eigene Wege ausprobieren können. Allerdings behält sich in ihrem Gesetzentwurf die Staatsregierung sowohl vor, darüber zu entscheiden, welche Kommunen abweichen können als auch, wie diese Abweichungen aussehen dürfen. Dazu kommentiert Dr. Florian Janik: „Meine Erwartung ist, dass die Staatsregierung die Kommunen und ihre Ideen ernst nimmt und die Umsetzung von Entbürokratisierung großzügig genehmigt – und nicht ihre Politik der Gängelung der Kommunen fortsetzt, wie wir sie zuletzt bei vielen kleinteiligen bürokratischen Vorgaben gesehen haben. Dann können wir hier in Erlangen einen richtigen Schub geben, der Vorbild für ganz Bayern werden kann!“

ERFOLGREICHE WOHNUNGSPOLITIK: ZAHL GEFÖRDERTER WOHNUNGEN AUCH 2025 GESTIEGEN

Auch 2025 ist die Zahl geförderter Wohnungen in Erlangen wieder gestiegen: 117 Wohnungen kamen neu hinzu, keine ist aus der Bindung gefallen.

Damit bleibt Erlangen eine der wenigen Städte bundesweit, in der es mehr geförderte Wohnungen (früher: „Sozialwohnungen“) gibt.

Diese Entwicklung ist Folge der von der SPD konsequent umgesetzten Wohnungsbaustrategie, die beim Neubau von Wohnungen 30 Prozent der Wohnfläche für geförderte Wohnungen sichert. Auch zählt sich die Neubau-Offensive der Gewobau aus, die zuletzt insbesondere durch Aufstockungen zahlreiche neue Wohnungen geschaffen hat.

Trotzdem bleibt die Herausforderung groß: Zwar ist die Zahl der offenen Wohnungsanträge gesunken, mit 1.425 zum 31.12.2025 aber immer noch hoch. Besonders gesucht sind dabei Wohnungen für große Familien und für Alleinstehende, hier insbesondere auch seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen.

„Die Zahlen zeigen: Unsere Wohnungspolitik wirkt, aber sie muss konsequent weitergeführt werden“, kommentiert SPD-Wohnsprecher Philipp Dees die Entwicklung: „Für die kommenden Jahre gibt es konkrete Planungen für rund 5.000 neue Wohnungen in Erlangen, auf dem Siemens-Campus, beim bisherigen Standort Siemens-Mitte, der Regnitzstadt, dem Baugebiet 413 in Büchenbach und einigen kleineren Vorhaben. Wir sorgen dafür, dass diese zügig umgesetzt werden – und dafür, dass die Quote für geförderten Wohnungsbau konsequent umgesetzt wird.“

Dafür müsse allerdings auch der Freistaat endlich seine „Hausaufgaben“ machen, so Dees weiter: „Der 2025 von Freistaat verhängte Förderstopp hat zahlreiche Bauvorhaben gerade bei der Gewobau blockiert. Und die jetzige Regelung, Förderungen zwar zuzusagen, aber die Mittel erst in einigen Jahren – und ohne konkrete Festlegung auf ein bestimmtes Jahr – auszuzahlen, schafft keine Planungssicherheit und gefährdet wegen hoher Kosten für Kredite für die Zwischenfinanzierung immer noch zahlreiche Vorhaben. Und was gar nicht geht: Dass die CSU/FW-Mehrheit im Landtag wie in der Vergangenheit praktiziert die angekündigten höheren Bundesmittel dafür nutzt, die bayerischen Mittel zu reduzieren – so dass im Saldo nicht mehr Geld für die

Wohnraumförderung zur Verfügung steht.“ In diesem Sinne setzen sich die SPD und insbesondere Oberbürgermeister Florian Janik unter anderem über den Städtetag dafür ein, die Mittel deutlich aufzustocken, Bundesmittel 1:1 weiterzureichen und die Vergabe der Mittel so zu steuern, dass Wohnungen dort entstehen, wo sie - wie in Erlangen - besonders dringend benötigt werden und wo sie langfristig als bezahlbare Wohnungen erhalten bleiben.

GLEICHSTELLUNGSARBEIT GESTÄRKT: STADTRAT BESCHLIEßT GLEICHSTEL- LUNGSSATZUNG

Mit dem Beschluss der neuen städtischen Gleichstellungssatzung wird die Arbeit der Gleichstellungsstelle gestärkt und auf eine neue Grundlage gestellt.

Die Satzung regelt die Befugnisse der Gleichstellungsstelle und wurde im Februar vom Stadtrat beschlossen. Für die SPD-Fraktion erklärt Barbara Pfister, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Wir begrüßen und unterstützen diesen Beschluss. Damit können wir endlich zu der bei der Stadt bewährten Praxis zurückkehren, dass die Gleichstellungsbeauftragten an Personalauswahlverfahren teilnehmen können. Wir halten dies für unverzichtbar, um Frauen gleichen Chancen bei der Besetzung von Stellen, insbesondere für Führungsaufgaben, zu sichern. Nach wie vor benachteiligen (häufig unbewusste) unterschiedliche Bewertungen der Kompetenzen und des Verhaltens von Frauen diese in Bewerbungsverfahren. Die Gleichstellungsbeauftragten verfügen über die Kompetenz, diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und damit die Ziele der Stadt im Bereich der Förderung von Frauen in Führungspositionen voranzutreiben.“ Aufgrund der von der bayerischen Staatsregierung verschleppten Neufassung des bayerischen Gleichstellungsgesetzes, die allen Zusagen zum Trotz erst im vergangenen Sommer in Kraft trat, konnten auf-

grund fehlender rechtlicher Grundlagen die Gleichstellungsbeauftragten in den letzten Jahren nicht mehr an der Personalauswahl beteiligt werden, was auch von Seiten des Personalreferats aus fachlicher Sicht ausdrücklich bedauert wurde. Damit wird es endlich wieder möglich, dass die Gleichstellungsbeauftragten an Personalauswahlverfahren teilnehmen.

Die Satzung ergänzt das im April letzten Jahres beschlossene Gleichstellungskonzept und den Beitritt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen im November, in deren Rahmen nun ein Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erarbeitet wird. „Erlangen verfügt damit über sehr gute Instrumente zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und zum Abbau von Diskriminierung. Dafür haben wir seit 2020 auch mit der personellen Aufstockung der Gleichstellungsstelle und erhöhten Budgetmitteln – zuletzt durch einen Antrag im Haushalt für das Jahr 2026 – weitere Voraussetzungen geschaffen“, so Pfister.

Die Gleichstellungssatzung und das Gleichstellungskonzept sind auf der Seite der Stadt Erlangen nachzulesen. Auch der Beitritt zur Europäischen Charta findet sich dort.

ERLANGENPASS: 10 JAHRE ERFOLG FÜR TEILHABE!

Vor 10 Jahren ging er an den Start: Der von SPD und Florian Janik angestoßene ErlangenPass.

Seitdem können die Inhaber*innen zahlreiche Vergünstigungen bei städtischen Angeboten, aber auch bei zahlreichen Vereinen und auch Unternehmen nutzen. Den Pass erhalten Menschen mit niedrigem Erwerbseinkommen sowie Bezieher*innen von Sozialleistungen. Bei Kindern und Jugendlichen werden auch Leistungen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets über den Pass abgerechnet (z.B. für Ausflüge, Klassenfahrten, Mittagessen).

Außerdem gibt es über den ErlangenPass die Möglichkeit, Sozialtickets für den ÖPNV zu nutzen, insbesondere das um 20 Euro pro Monat reduzierte Deutschlandticket.

Der Pass ist ein Erfolg: 2025 nutzen ihn knapp 8.700 Erlanger*innen, darunter knapp 3.300 Kinder und Jugendliche. 127 Kooperationspartner*innen (einschließlich städtischer Ämter) bieten rund 150 Ermäßigungen an.

„Der ErlangenPass ist ein Baustein für unsere integrative Stadtgesellschaft“, kommentiert SPD-Sozialsprecher Andreas Bammes: „Er ermöglicht Menschen die Teilhabe an Angeboten, die sich sonst nicht leisten könnten. Und er sorgt damit für Zusammenhalt.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees erinnert daran, dass die SPD den Pass auch gegen Widerstände durchgesetzt hat: „Schon vor 2014 hat die SPD den Pass beantragt, ist aber an der damaligen ‚bürgerlichen Mehrheit‘ gescheitert. Mit der Wahl von Florian Janik zum Oberbürgermeister und der SPD zur führenden Kraft im Rathaus war der

Weg dann frei, der Pass wurde beschlossen – wenn auch immer noch gegen die Stimmen der CSU. Und auch die Erweiterung des ErlangenPasses auf Bezieher*innen niedriger Einkommen ging dann auf die Initiative der SPD zurück. Der Erfolg zeigt: Es ist die SPD, die in Erlangen für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit steht!“

Weitere Informationen zum ErlangenPass gibt es unter ErlangenPass.de. Dort steht auch ein Online-Rechner zur Verfügung, mit dem geprüft werden kann, ob ein Anspruch besteht, sowie natürlich auch ein Online-Antragsformular.

SPD-ANTRAG ERFOLGREICH – FEIERABENDPARKEN KOMMT

Im Sommer hatten wir als SPD einen Antrag gestellt, dass die Stadt auf Betreiber*innen von Supermärkten und Discountern zugehen soll, um diese zur Vermietung ihrer Parkplätze an Privatleute ab dem späteren Nachmittag / Abend bis zum

nächsten Morgen zu einem günstigen Monatspreis von ca. 30 Euro zu bewegen. Im letzten Planungsausschuss konnte hier nun Erfolg gemeldet werden.

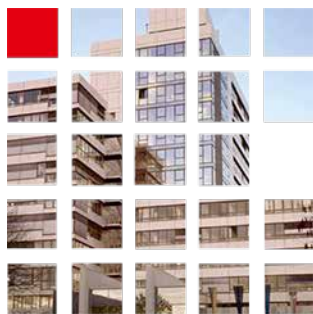
Andreas Richter, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion erklärt hierzu: „Das Feierabendparken kommt. Aldi wird in der Henkestraße demnächst einen Pilotbetrieb aufnehmen. Zudem konnte die Stadt Contipark, die die Parkhäuser Henkestraße und Neuer Markt betreiben, für ein Feierabendparken ab 16 Uhr bis zum nächsten Morgen um 9 Uhr sowie rund um die Uhr am Wochenende und Feiertagen für 30 Euro im Monat gewinnen. So kann innerstädtischer Raum besser genutzt werden, um mehr Grün und Natur sowie Aufenthaltsqualität zu ermöglichen und Platz für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zu schaffen.“

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

VON KATJA RABOLD-KNITTER

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beratschlagen über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalangelegenheiten der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



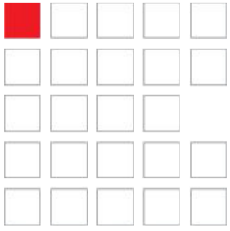
SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehend die Termine:
13.04. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
20.04. 18:00 Konferenzraum im 14. OG
04.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
11.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
18.05. 19:00 Konferenzraum im 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro

(spd.fraktion@stadt.erlangen.de/09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet.

Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, dass ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.



Die SPD-Fraktion im Stadtrat Erlangen



Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender



Sophia Waldmann
stv. Fraktionsvorsitzende



Barbara Pfister
stv. Fraktionsvorsitzende



Munib Agha



Sana Al-Maskari



Valeria Fischer



Dr. Wolfgang Leyk



Sandra Radue



Dr. Andreas Richter

VON GABRIELA HEINRICH

Liebe Genossinnen und Genossen,

ist Zivilgesellschaft in Deutschland frei? Aus meiner Sicht: Ja. Aber es gibt auch Handlungsbedarf. Das wurde deutlich bei einem Gespräch der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion mit Expertinnen, mit denen wir über Zivilgesellschaft weltweit und in Deutschland gesprochen haben.

Silke Pfeiffer von Brot für die Welt und Franziska Vilmar von Amnesty International Deutschland haben mit uns über die Ergebnisse des „CIVICUS-Monitor 2025“ gesprochen. Dessen eindeutiges Ergebnis: Der Raum für Zivilgesellschaft schrumpft. Weltweit leben nur noch 7 Prozent der Menschen in Ländern mit offenen oder leicht eingeschränkten Räumen für zivilgesellschaftliches Engagement. 31 Prozent der Weltbevölkerung lebt in Systemen, in denen Zivilgesellschaft vollständig eingeschränkt ist. Der Rest lebt in Systemen, die weder ganz frei noch ganz geschlossen sind. Diese Entwicklung ist ein Problem: Ohne eine freie Zivilgesellschaft fehlt das Fundament für Demokratie – und damit auch für Menschenrechte.

Der CIVICUS-Monitor ist das Resultat einer internationalen Forschungspartnerschaft. Jährlich untersuchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie sich Zivilgesellschaften weltweit entwickeln. Und der Trend geht in die falsche Richtung. Zwar konnten die Forschenden in drei Ländern Verbesserungen beobachten (Gabun, Mauretanien und Senegal). Doch in fünfzehn Ländern beobachteten sie eine Verschlechterung für zivilgesellschaftliches Engagement. Auch in Deutschland.

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sind zunehmend auch in Deutschland Hass, Drohungen



Gabriela Heinrich (MdB), unsere Betreuungsabgeordnete in Berlin.
Foto: Photothek Media Lab

und Einschüchterungen ausgesetzt – häufig aus dem rechten Spektrum. Doch nicht nur. Kritisiert wird auch, dass Palästina-Kundgebungen eingeschränkt worden seien. Die Verfasserinnen und Verfasser der Studie verweisen auf Diskriminierungen und Vorwürfe unverhältnismäßiger Polizeigewalt, selbst bei friedlichen Versammlungen oder stillen Mahnwachen während der Palästina-Kundgebungen. Deshalb wurde Deutschland eine Kategorie herabgestuft. Insgesamt gibt es fünf Kategorien: offen – beeinträchtigt – beschränkt – unterdrückt – geschlossen. Laut CIVICUS-Monitor ist die Zivilgesellschaft in Deutschland nun nicht mehr beeinträchtigt, sondern beschränkt.

Im Gespräch wurde allerdings auch deutlich, dass es eine Gratwanderung ist: einerseits das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht zu gewährleisten, andererseits aber strafbare Handlungen zu ahnden. Denn natürlich sind Antisemitismus, Volksverhetzung oder auch Gewalt gegen Ordnungskräfte nicht vom Recht der Meinungsäußerung gedeckt.

Mir hat das Gespräch wieder das Spannungsfeld deutlich gemacht: Wo enden die eigenen Rechte, wie das Recht auf Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung? Diese Rechte

mit den Rechten anderer Menschen auszutarieren ist eine zunehmend wichtige und auch nicht einfache Aufgabe. Vor dieser Frage stehen wir gerade auch in Zeiten, wo Beleidigungen, Hass und Hetze in sozialen Medien allgegenwärtig sind.

Menschen, die sich engagieren, stehen zunehmend im Fokus. Ob das der Pfarrer ist, der sich gegen Hass und Rechtsextremismus engagiert und dann von AfD-nahen „Kamerateams“ bedrängt und online gestellt wird. Oder ob es Organisationen sind, die davon berichten, dass der Begriff „NGO“ (Nichtregierungsorganisation) zunehmend negativ gesehen wird und sie deshalb angefeindet werden. Auch weil rechte Parteien zum Teil erfolgreich damit waren, diese als Lobbyisten in eigener Sache zu verunglimpfen. In Wirklichkeit geht es aber doch um Menschen, die sich für andere Menschen oder die Umwelt engagieren. Das macht eine starke Zivilgesellschaft aus.

Ein Lichtblick ist: Viele Initiativen weltweit zeigen, dass Zivilgesellschaft resilient ist – und nicht aufgibt. Wir müssen sie wieder stärker wertschätzen, denn ohne Zivilgesellschaft gibt es auch keine Demokratie.

Mit solidarischen Grüßen
Gabriela Heinrich

MEHR BOCK AUF ARBEIT?

VON GERHARD CARL

Entgegen dem europäischen Trend soll in der Bundesrepublik Deutschland die tägliche Arbeitszeit verlängert werden. Warum die aktuelle Debatte ein Rückschritt ist.

Während in vielen europäischen Ländern Arbeitszeitverkürzung als Zukunftsprojekt gilt, wirkt Deutschland wie aus der Zeit gefallen. Die spanische Regierung plant ein „Recht auf Abschalten“ und eine generelle Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 37,5 Stunden. Im Öffentlichen Dienst und in den großen Konzernen ist diese jetzt schon üblich. In Schweden hat der größte Gewerkschaftsdachverband LO sich das Ziel gesetzt, eine generelle Verkürzung der regulären Arbeitszeit von derzeit gesetzlich 40 Wochenstunden zu erreichen und hat dies zur zentralen Forderung in der anstehenden Tarifrunde gemacht. In Frankreich arbeiten Beschäftigte bereits seit dem Jahr 2000 – wenn auch mit einem gewissen Maß an Flexibilität – nur 35 Stunden pro Woche. Und die Dänen? Sie arbeiten seit den 1990er Jahren ebenfalls im Normalfall nur 37 Stunden die Woche, verteilt auf meist fünf Tage mit rund 7,5 Stunden pro Tag – mehrheitlich inklusive Pausen, die hier tariflich geregelt als Arbeitszeit gewertet werden.

Es gilt für alle Beschäftigten: überlange Arbeitszeiten, verkürzte Pausen und Ruhezeiten, wenig Spielraum, die Lage der Arbeitszeit zu beeinflussen, wirken sich negativ auf die Gesundheit der Beschäftigten aus. Das dürfte sich mittlerweile auch bis tief in die Kreise derjenigen herumgesprochen haben, die nach (noch) mehr Flexibilität und „mehr Bock auf Arbeit“, so BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter, rufen. Es sind Appelle, die an der Lebensrealität vieler Menschen vorbeigehen. Ganz anders stellt sich die Situation in Deutschland dar. Auf uns rollt – wieder einmal – eine Diskussion zum Thema Arbeitszeit zu. Wurde auch hierzulande vor zwei Jahren noch heftig über das Thema einer Vier-Tage-Woche bzw. Arbeitszeitverkürzung gestritten, so weht der Wind heute aus einer ganz anderen Richtung.

Der immer wieder geäußerte Vorwurf, viele sähen Arbeit mittlerweile als „unangenehme Unterbrechung von Freizeit“ (Friedrich Merz) und arbeiteten einfach nicht genug, ist daher ebenso falsch. Richtig ist vielmehr, dass so viele Menschen in Deutschland wie nie zuvor überhaupt Erwerbsarbeit nachgehen. Insbesondere bei der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt sind große Fortschritte erzielt worden.

Und auch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden liegt auf Rekordniveau.

Es ist sinnvoller, den Blick auf die Arbeitsproduktivität zu lenken. Dabei gilt Dänemark mit seinen 37 Stunden pro Woche als einer der europäischen Champions. Auch die Niederlande, wo pro Arbeitnehmer so wenig Stunden wie nirgends sonst in der EU gearbeitet werden, haben die Nase in Sachen Arbeitsproduktivität vorn. Insofern ist die aktuelle, rückwärtsgewandte Arbeitszeitdebatte in Deutschland auch eine Chance: nämlich für eine breite gesellschaftliche Diskussion über den Wert von Arbeit, Produktivität und Gerechtigkeit – auch in Bezug auf die geschlechtergerechte Verteilung. Damit ist es eine durch und durch sozialdemokratische Debatte. Über Jahrzehnte war das Erfolgsmodell „Made in Germany“ ein Ergebnis stabiler Sozialpartnerschaft und breiter Tarifbindung. Und wenn es uns dann gelänge, uns wieder den skandinavischen Werten von 80 bis 90 Prozent Tarifabdeckung anzunähern – in Deutschland sind es aktuell noch knapp 50 Prozent der Beschäftigten – dann hätte sich diese Debatte, so rückwärtsgewandt sie auch erscheint, doch gelohnt.

(vgl. IPG-Journal, Internationale Politik und Gesellschaft, Berlin, 15.07.2025)

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
Mai 2026

24. April 2026

DIE SCHWÄCHE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT –

KEIN GELD IM KREISLAUF

VON GERT BÜTTNER

Was ist die Ursache der aktuellen Schwäche der deutschen Wirtschaft?

Die prominenten Erklärungen „Bürokratie, fehlende Konkurrenzfähigkeit, usw.“ gehen am Kern vorbei, weil in der kapitalistischen Wirtschaft im Wesentlichen nur der Geldfluss relevant ist.

Zum Verständnis hilft die Hauptregel der Volkswirtschaft: Jede Ausgabe eines Wirtschaftssubjekts ist zugleich die Einnahme eines anderen. Und die Bilanzen der vier Sektoren der Volkswirtschaft (Unternehmen, Privatsektor, Staat, Außenbilanz) addieren sich daher immer zu Null. Der Taler muss wandern! Und er muss auch genügend zu den Konsumenten wandern, damit diese genügend Nachfrage nach den produzierten Gütern haben können.

Bis etwa 1980 lief das ganz gut, das „deutsche Wirtschaftswunder“ bescherte uns Wachstum und Wohlstand. Es gab jährliche Reallohnsteigerungen, also Beteiligung aller am Produktivitätszuwachs über den Inflationsausgleich hinaus. Sparen und Verschuldungen (vor allem für Unternehmensinvestitionen) waren ungefähr ausgeglichen. Damit war genügend Geld im System. Es gab Krisen, aber nie eine so lange Rezession wie heute.

Ab etwa 1980 haben sich die Verhältnisse in Deutschland geändert (Abb. 1). Die Reallohnsteigerung blieb zurück, in manchen Jahren gab es sogar Reallohnverluste. Verursacht wurde dies durch schwache Gewerkschaften auf Grund der Globalisierung, aber auch durch die Politik unter Kohl. Das führte einerseits zur Nachfragereduzierung, andererseits dazu, dass der Unternehmenssektor weniger Kredite benötigte und ab ca. 2000 in Summe vom Schuldner zum Sparer wurde (Abb. 3). Für den einzelnen Unternehmer ist es kostenreduzierend,



Abbildung 1



Abbildung 2

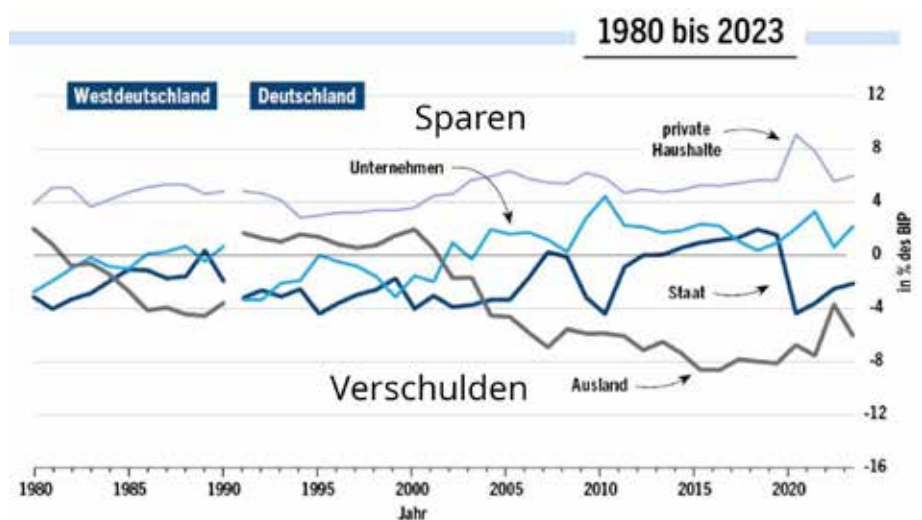


Abbildung 3

wenn die Löhne niedrig bleiben, aber im ganzen System reduziert sich die Nachfrage. Wenn weder der Privatsektor noch der Unternehmensektor genügend kauft, fehlen der Wirtschaft die Einnahmen. Es fehlt Geld im System. Eine Möglichkeit, die Sparraten zu kompensieren, ist eine höhere Staatsverschuldung. Dies machen fast alle anderen Staaten. Deutschland fand unter Schröder einen anderen Weg: Wir wurden Exportweltmeister. Durch die Agenda 2010 und andere Maßnahmen (an denen die Union im Bundesrat stark mitgewirkt hat) wuchs das Lohnniveau (und damit die Inflation) jahrelang weniger als die 2%, die die EZB in der Währungsunion vorgegeben hatte. Frankreich hielt sich fast exakt an die 2%, Italien lag oft darüber (Abb. 2). In Folge dieser Dumping-Politik bekamen wir viel „Konkurrenzfähigkeit“ gegenüber den anderen Ländern, vor allem in der Euro-Zone. Durch den gemeinsamen Euro konnte keiner, wie früher, durch die Änderung der Wechselkurse korrigierend eingreifen. Unser Zahlungsbilanzüberschuss, z.B. gegenüber F beruht nicht auf „Konkurrenzfähigkeit“ durch bessere Produkte, sondern auf billigeren Produkten durch unfaire Missachtung der Richtlinien von Maastricht und der EZB. Und F musste dadurch mehr Schulden machen.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Abb. 3) sieht man deutlich, dass die Exporte lange Jahre die Sparraten des Privat- und des Unternehmenssektors kompensiert haben. Und was waren wir stolz darauf, so viele Produkte ins Ausland zu liefern, anstatt damit z.B. unsere eigene Infrastruktur zu modernisieren. Draghi betrieb jahrelang die Nullzinspolitik, um die europäische Verschuldung zu erleichtern, aber wir in D waren selbst zu Zeiten negativer Zinsen ganz stolz auf die „schwarze Null“.

Jetzt haben sich die Verhältnisse wieder drastisch geändert: die anderen Länder spielen nicht mehr mit. USA wehrt sich (zu Recht!)

gegen unsere Zahlungsbilanzüberschüsse, in China gibt es für unsere Technologien weniger Nachfrage, in Europa können (auch wegen des Drucks aus D) die anderen nicht weiterhin Schulden machen, um damit in D einzukaufen.

Damit stecken wir nun in der Krise. Auswege wären:

Hohe Reallohnzuwächse um genügend Binnennachfrage zu schaffen, anstatt nur auf den Exportboom zu setzen, und um wieder alle am wachsenden Wohlstand zu beteiligen. Da könnte der öffentliche Dienst Vorbild sein, aber in den aktuellen Tarifkonflikten wird dieser Gesichtspunkt von niemandem thematisiert.

Wegen der bedauerlichen volkswirtschaftlichen Inkompetenz der Unionspolitiker (aber leider auch bei vielen anderen) ist dies politisch unrealistisch, es wird eher Reallohnkürzung angestrebt.

Eine höhere Staatsverschuldung, die die Sparraten des Privatsektors (>300 Mrd/a) und des Unternehmenssektors (>40 Mrd/a) kompensiert. Die „Sondervermögen“ sind mittelfristig nutzlos, weil sie befristet sind. Nur eine Abschaffung der Schuldenbremse (die leider ein unkluger SPD-Finanzminister zugelassen hat) könnte helfen. Höhere Staatsinvestitionen, die das Wirtschaftswachstum erhöhen, würden auch zu höheren privaten Investitionen führen. Der bayerische Staat könnte z.B. jetzt nach der Änderung des GG bis zu 5 Mrd. jährlich zusätzlich in die bayerische Wirtschaft bringen, stattdessen feiert er die „schwarze Null“.

Sozialdemokraten müssten den Angriffen von Unionsvertretern gegen die Arbeitnehmer und den Sozialstaat ökonomisch argumentativ begegnen. Sie sollten sie nicht nur moralisch zurückweisen, sondern ökonomisch. Aber leider fehlt es in unserer Partei und auch in den Medien an volkswirtschaftlichem Wissen. Söders Forderung nach einer Stunde

Mehrarbeit für alle würde zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen, weil der Arbeitsaufwand dann von weniger Menschen erbracht werden könnte. Mehr zu produzieren bringt ja keinen Sinn, solange die Nachfrage nach mehr Produkten fehlt. Keiner aus der SPD hat diese ökonomische Kritik erbracht. Linnemanns Forderungen nach drastischen Einsparungen im Sozialbereich würden sofort zu drastischen Einbrüchen der Konsumnachfrage führen. Damit wird die aktuelle Rezession verstärkt und der Wirtschaft massiv geschadet. Aber anstatt dies zu thematisieren, reden wir nur über die Unmoralität dieser Pläne.

Und damit bleibt leider nur eine pessimistische Aussicht: Sinnvolle Auswege sind politisch nicht durchsetzbar. Unsere Wirtschaft wird weiter schwächeln (bis auf einige Bereiche wie Energie und Rüstung, weil dort Geld ausgegeben wird), die Arbeitslosigkeit wird wachsen. Als Folge wird die AfD zunehmen und unsere Demokratie in Gefahr bringen.

Quellen:

- Heiner Flassbeck: Grundlagen einer relevanten Ökonomik
- Maurice Höffgen: <https://www.geldfuerdiewelt.de>

VON MONIKA FATH-KELLING

Warum das ein Widerspruch in sich selbst geworden ist.

Wenn ich heute die Pflicht jedes Soldaten anspreche, sich gesetzwidrigen Befehlen zu widersetzen, dann rede ich nicht über eine Theorie. Ich rede über einen vorbildlich gelebten Fall von Verfassungstreue. Ich rede über einen überzeugten Staatsbürger in Uniform, der genau das getan hat: Major Florian Pfaff.

Pfaff verweigerte 2003 die Mitwirkung an militärischen Abläufen. Er sah darin eine praktische Unterstützung des Irakkriegs – eines Krieges, den er für völkerrechtswidrig hielt. Pfaff wurde dafür disziplinarisch vom Major zum Hauptmann degradiert – ein Signal, das auch in der Bundeswehr, viele Offiziere bis heute irritiert.

Denn 2009 stellte das Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich klar, dass ein Soldat nicht verpflichtet ist, an Handlungen mitzuwirken, die er aus Gewissensgründen und mit Blick auf das Völkerrecht für unzulässig hält.

Das Urteil zeigt am konkreten Fall des Major Pfaff, wie ernst das grundgesetzliche Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ gemeint ist.

Dieses Leitbild ist keine Handlungsmöglichkeit, sondern es bildet den Kernbestand der Inneren Führung der Bundeswehr: Soldaten sind Bürger mit Grundrechten. Sie schulden dem Staat nicht blinden Gehorsam, sondern verantworteten Gehorsam. Genau hier beginnt das Problem, das ich heute offen anspreche: Wenn sich die internationale Sicherheitsarchitektur mit Präventivangriffen entgegen dem Völkerrecht verschiebt, wenn militärische Einsätze zunehmend außerhalb klassischer Landesverteidigung stattfinden, wenn unsere Bündnispartner sogar glasklar völkerrechtswidrige Kriege führen, dann geraten Soldaten als Staatsbürger in Uniform in Loyali-

tätskonflikte, die das Grundgesetz so nie vorgesehen hat.

Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach Kriege geführt, die nicht mit dem Völkerrecht vereinbar waren. NATO Strukturen, wie die Logistikkreisläufe Ramstein und andere, sowie die angewandte Strategie „präventiver Verteidigung“ bringen Deutschland seit langem schon in operative Zusammenhänge, die mit dem engen Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes nicht vereinbar sind. Dies war im Übrigen der eigentliche Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht 2011, die deutschen Regierungen sahen darin einen scheinbar eleganten Weg, diese grundgesetzlichen Widersprüche zu umgehen.

Diese Sichtweise führt aktuell zur Frage mit großer politischer Sprengkraft, ob unter solchen Bedingungen eine grundrechtskonforme Wiedereinsetzung der Wehrpflicht überhaupt möglich ist.

Denn Wehrpflicht bedeutet, dass junge Menschen am Ende in Einsätze geschickt werden, die keine verlässliche rechtliche und politische Grundlage haben.

Der Fall Pfaff zwingt uns dazu, der Politik juristische Klarstellung abzuverlangen. Major Pfaff zeigt, dass die Verantwortung des Soldaten nicht nur darin besteht, Befehle auszuführen, sondern auch darin, Grenzen zu ziehen! Nämlich da, wo Völkerrecht, Grundgesetz und Gewissen es verlangen! Er zeigt, dass ein Staat, der Wehrpflichtige in die Pflicht nehmen will, zuerst selbst in der Pflicht steht: Der Staat selbst muss sich klar, rechtssicher und in strikter Bindung an das Völkerrecht verhalten.

Am Ende läuft alles auf eine unbequeme, aber unvermeidliche Konsequenz hinaus: Bevor überhaupt über eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht entschieden werden darf, muss der Staat seine eigenen grundrechtlichen und völkerrechtli-

chen Grenzüberschreitungen lösen. Denn Wehrpflicht ist nicht irgendeine abstrakte Struktur, sie bedeutet, Bürgerinnen und Bürger im Ernstfall mit ihrem Leben in die Pflicht zu nehmen. Und wer das tut, der muss zuvor zweifelsfrei klären:

- Wofür dürfen Bürger und Bürgerinnen zwangsverpflichtet werden?
- Unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen?
- Mit welcher Garantie, dass ihre Einsätze strikt dem Grundgesetz und dem Völkerrecht entsprechen?

Solange Deutschland über Bündnismechanismen, Logistikkreisläufe oder „präventive“ Einsatzlogiken in militärische Operationen eingebunden wird, deren völkerrechtliche Grundlage nicht gegeben ist, bleibt die Wehrpflicht ein potentielles, staatlich organisiertes Verbrechen, das seine Bürger um den Preis ihres Lebens übervorteilt.

Die zentrale Frage ist nicht, ob wir die Wehrpflicht wieder einführen können. Die zentrale Frage ist, ob unsere politischen Entscheidungsträger bereit und in der Lage sind, überhaupt die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Alles andere ist zwar politisch bequem – aber ethisch unverantwortlich.

Hier noch der freundliche Hinweis auf eine Veranstaltung:

Major a.D. Florian Pfaff wird persönlich am 21. April um 19 Uhr im Familienzentrum an der Bismarckstraße einen Vortrag halten. Veranstalter sind das Erlanger Bündnis für den Frieden, sowie die DFG-VK

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktssitzung vom 18.03.2026 im Distrikt Tennenlohe

Statt eines Protokolls (wird nachgeliefert) Zusammenfassung der Wahlergebnisse in Tennenlohe:

1. Hohe Wahlbeteiligung; 73,74%: Zweithöchste Wahlbeteiligung in Ortsbeirats- und Stadtteilbeiratsgebieten nach Kosbach, Häusling, Steudach.
2. SPD erreicht 22,04%. Das ist zwar mehr als im Stadtdurchschnitt (+ 3,14%), aber auch deutlich weniger als 2020 (damals 25,58%). [Die Grünen/Grüne Liste haben das dazugewonnen, was wir verloren haben und das geht so seit 2008]. Im Vergleich der Ortsbeirats- und Stadtteilbeiratsgebiete ist das der höchste Wert für die SPD, aber dennoch nicht sonderlich befriedigend.
3. Die CSU erreicht 31,94%, das ist 1,64% über dem Stadtdurchschnitt. Es ist etwas weniger als 2020. Die Zeiten der absoluten Mehrheiten (2002: 54,05%, 1996: 50,3%, 2008: 48,12% sind aber definitiv vorbei. Die Partei stagniert und konnte den Aderlass 2014 durch die Abwanderung von Grille/Jarosch mit ihren Anhängern zur ödp nicht kompensieren, wobei die ödp seit 2014 ca. 60% verloren hat. Diese Wähler/innen sind aber nicht zurückgekommen.
4. Erli hat deutlich dazugewonnen, und den Anteil auf 6,41% mehr als verdoppelt. FDP und FWG spielen keine Rolle mehr (3,44% bzw. 2,73%).
5. Die AfD hat sich auch in Tennenlohe gegenüber 2020 mehr als verdoppelt auf 6,84%. Das entspricht 170 Wähler/innen. Wir fragen uns: wer wählt die AfD in Tennenlohe??
6. Auswirkungen auf den Ortsbeirat: nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis ergeben sich daraus Veränderungen für die Zusammensetzung: die CSU verliert einen Sitz und hat nunmehr nur noch 2 Sitze (2002: 5, 2008: 4, 2014: 2, 2020 (aufgrund des neuen Berechnungsmodus): 3, 2026: 2. Die SPD behält ihre 2 Sitze, die Grünen gewinnen einen Sitz dazu aufgrund eines hauchdünnen Vorsprungs vor der ödp. Die AfD ist mit einem Sitz vertreten. Das endgültige Ergebnis erfahren wir am 25.03.
7. Deutliche Unterschiede im Wahlverhalten von Urnen- und Briefwähler/innen: die CSU erhält bei den Urnenwahlen ca. 27 – 29%, bei den Briefwahlen 33,4 - 39,8%. Bei der SPD gibt es kaum Unterschiede. Die Grünen fallen bei der Briefwahl deutlich ab. Differenz 3,5 bis 7%. Auch Wähler/innen von AfD, ödp, Linke bevorzugen die Urnenwahl [AfD: Differenz bis zu 4%; Linke 1,5%, ödp: bis zu 1,5%]
8. Oberbürgermeisterwahlen: Janik: 30,87%; Volleth: 38,06%, Linhart: 15,68%. In der Briefwahl: Zustimmung zu Volleth 10% höher als bei Urnenwahl. bei Linhart: ca. 4% bei Briefwahl geringer.
9. Stichwahl am 22.03.: Janik: 51,85%, Volleth: 48,15%. Wahlbeteiligung: 79,71%. Signifikant höher als bei der Wahl vom 8.3. Damit haben wir in Tennenlohe mobilisiert und ein befriedigendes Ergebnis erzielt, was sich aber leider auch nicht signifikant auswirkt.
10. „Stimmenkönig“ in Tennenlohe ist Andreas Bammes (Listenplatz 17, vorgewählt auf Platz 12!). Er hat 7 Stimmen mehr als die auf Listenplatz 2 der CSU platzierte Stadt- und Bezirksrätin Alexandra Wunderlich.

Rolf Schowalter

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktssitzung am

**Mittwoch, den 22.04.2026,
um 19:30 Uhr,
Gaststätte „Zum Schloss“,
Schlossgasse 7**

Tagesordnung (vorläufig):
1. Rückblick auf die Stichwahl und
die Diskussion in der SPD

2. Berichte
3. Die neuen Entwicklungen weltweit
4. Vorbereitung der JHV mit Neuwahlen
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Weitere Termine:
Distriktversammlungen am 13.05.
und am 10.06., jeweils 19.30 Uhr
Ort: Gasthaus Zum Schloss

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
Felizitas.Traub-Eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktssitzung findet statt am

**Mittwoch, den 22.04.2026,
um 20:00 Uhr Gasthof
Güthlein (Dorfstraße 14)**

Das Thema steht noch nicht fest, wird
aber vorab noch über den Mailverteiler
mitgeteilt.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir Euch einladen
zu unserer Distriktssitzung am

**Dienstag, den 21.04.2026,
um 19:00 Uhr in der Kegel-
bahn im Keller der Gaststät-
te „Zur Spieli“ (Kurt-Schu-
macher-Straße 11) .**

Von 19 bis 20:30 Uhr möchten wir
kegeln und uns anschließend im
Stammtisch-Format austauschen.
Wir freuen uns auf euch!

Bitte meldet euch bei Fragen oder
anderweitigen Anliegen per Mail:
felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix.

DISTRIKT ELTERS DORF

Vorsitzender

Christian Stiegler
eltersdorf@spd-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir Euch einladen
zu unserer Distriktssitzung am

**Dienstag, den 07.04.2026,
um 20:00 Uhr in der SCE-
Sportgaststätte „Bei Lambi“
(Langenastr. 17) .**

Tagesordnung:
1. Rückblick Kommunalwahl
2. Neues aus dem Ortsbeirat
3. Sonstiges

Solidarische Grüße,
Christian

DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzende

Sana Al-Maskari
sana.almaskari95@gmail.com

Clemens Heydenreich
clemens.heydenreich@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden herzlich ein zu unserer April-Sitzung am

**Mittwoch, den 22.04.2026,
um 20:00 Uhr im Neben-
raum der „Kulisse“
(Theaterstraße 8).**

Es wird an diesem Abend vor allem um zwei wichtige Zukunftsthemen gehen: Zum einen formiert sich nach der Wahl des Stadtrats auch der Stadtteilbeirat Innenstadt neu – und wir müssen besprechen, mit welchen Personen unser Distrikt in

den kommenden sechs Jahren darin vertreten sein wird. Zum anderen geht es um unseren Vorstand: Da unsere Genossin (und künftige Stadträtin!) Sana Al-Maskari ihren Wohnsitz in den Distrikt Süd verlegt hat, ist zu klären, bis wann sie ihre Funktion als Co-Vorsitzende noch wahrnehmen wird und wer ihr darin nachfolgen kann.

Wir freuen uns auf euch!

Solidarische Grüße,
Clemens Heydenreich &
Sana Al-Maskari

SPD MARLOFFSTEIN

Vorsitzender

Ralf Jähnert
ralf.jaehnert@onlinehome.de

das Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen erfüllt uns mit großer Freude, denn wir haben in Marloffstein fast fünf Prozent zugelegt (15,3%) und damit einen zweiten Sitz im Gemeinderat errungen. Wiedergewählt wurde unser bisheriges Gemeinderatsmitglied Martin (Rühl), daneben tritt Christian (Jähnert) im Gemeinderat an, der erstmals für uns kandidierte.

An dieser Stelle gebührt unser besonderer Dank unserem Genossen Stefan, der sein ganzes Marketing-Know-how in den Wahlkampf einbrachte und damit maßgeblich zu unserem guten Ergebnis beigetragen hat. Last not least ein herzliches Dankeschön an unseren Uttenreuther Ortsverein, der uns besonders im Vorfeld der Wahl mit Rat und Tat zur Seite stand.

Wie geht es nun weiter? Der Marloffsteiner Gemeinderat (12+1 Sitze) wird künftig durch eine veränderte Zusammensetzung geprägt sein, denn neben unserem Zugewinn haben auch die Freien Wähler einen weiteren Sitz im Gremium errungen, die CSU und die Wählergruppe Höhenzugsgemeinde Marloffstein (WHM) hingegen jeweils einen Sitz verloren. Der neue Bürgermeister Helmut Memmert (WHM) war bereits als Gemeinderatsmitglied im Gremium vertreten und wir erhoffen uns für die Zukunft vor allem ein Ende des politischen Stillstands.

Unser nächstes Treffen findet am Montag, den 27. April 2026, um 18.30 Uhr im Marloffsteiner Rathaus statt. Wir laden dazu sehr herzlich ein.

Solidarische Grüße
von Ralf Jähnert

Vorsitzende

Chantal-Sophié Eidt
sophie.eidt@web.de

Fabian Foith
fabian.foith@icloud.com

info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im April 2026 treffen wir uns:

- **am Dienstag, den 14.04. um 19.30 Uhr.**
- **am Dienstag, den 28.04. um 19.30 Uhr.**

Beim ersten Termin werden wir uns mit der Frage beschäftigen wie Hochschulen finanziert werden. Bei der zweiten Sitzung soll es dann um einige Anträge der Juso Landeskongferenz gehen, welche auf dieser behandelt wurden.

Der Treffpunkt ist ab April wieder wie vor der Wahl gewohnt im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5 in Erlangen, Eingang unten über den Parkplatz).

Alle aktuellen Infos erhaltet Ihr immer auch über WhatsApp und Instagram.

Wir freuen uns auf euch!
Euer Vorstand

AG 60+

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

AG 60+ Sitzung vom 11.03.26 im Café Rot

Dieses Mal ist unsere Sitzung mit etwas mehr „Nebengeräusch“ verbunden, da es etliche andere Gäste im Café gibt. Was uns natürlich ebenso freut, denn wir sehen live, dass diese Wahlkampflocation sich gerade erfolgreich bewährt.

Monika begrüßt mit der frohen Botschaft einer Rekordbeteiligung am gemeinsamen Kaffee+Kuchen-Filmnachmittag der AG60+ und den IG-Metall-Senioren: 26 begeisterte Leute bei der „Rumba-Therapie“! Anlassbezogen wenden wir uns dem Thema zu: Was könnte helfen, lokal-regional-bundesweit, „to make SPD great again“?

Wir sehen vor den ins Haus stehenden Kommunalwahlen durchaus großes Interesse an den SPD-Themen. Aber: Ist es Sinn und Zweck einer Partei allerlei „lokale Ärgernisse“ aus dem Weg zu räumen, oder überlagern grundsätzliche Parteipositionen das Klein-Klein? Fehlen uns in der Partei „charismatische Köpfe“ oder sind diese Köpfe dann à la Söder eher Eigendarsteller und für den Erfolg der Parteiarbeit eigentlich weniger wichtig als eine gute Teamleistung? Was nutzen zuge dachte Mittel, wenn die Kommunen sie nicht abrufen können, weil sie nicht einmal die 10% erforderlichen

Eigenmittel aufbringen können? Wie umgehen mit unlauteren Wahlkampfthemen wie hier in Erlangen die STUB, denn sie ist beschlossene Sache, auch wenn die CSU ans Ruder gerät? Sehen wir die Situation der SPD vielleicht zu düster, denn die Erfahrungen des Tür-zu-Tür-Wahlkampfes sind – laut Gerd als eifrigem Teilnehmer – sehr positiv? Müssen wir Siemens als Verursacher der Erlanger Finanzmisere (Ursache war ein Firmenrückkauf in den USA, der dann den Gewinn von Healthineers in 23/24 gegen Null drückte) „direkt adressieren“ und als Bürger unser Befremden kundtun über derartige „Geschäftspraxis“ auf Kosten der Standortgemeinden?

Nach einer Stunde angeregten Disputs berichtet Monika über laufende Diskussionen des Erlanger Bündnis für den Frieden zu den Themen Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Planungen zum diesjährigen Ostermarsch am 4. April.

Unsere nächste Sitzung wird auf den 15. April, dann wieder in der Thalermühle, festgelegt.

PS: Am Schluss verlässt ein Gast das Café, der seit einiger Zeit still zuhörend gesessen war und bedankt sich herzlich für die interessanten Einblicke die er heute mitnehmen durfte.

Protokoll: Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

**STARK
GEGEN
NAZIS!**

SPD Soziale
Politik für
Dich.